



Freitag, 27. März 2026, 17:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Gesteuerter Schrumpfungsprozess

Was heute als „Deindustrialisierung Deutschlands“ beklagt wird, könnte darauf zurückzuführen sein, dass eine ganze Generation mit wachstumsskeptischen Ideen aufgewachsen ist.

von Alfred-Walter von Staufen
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Rawpixel.com, August_0802)

Wer heute durch Deutschland reist, durch jene

Landschaften also, die einst mit einem gewissen Stolz als Herz der europäischen Industriekultur galten – durch das Ruhrgebiet, durch Baden-Württemberg, durch Niedersachsen, Sachsen, Bayern oder die großen Logistikachsen entlang der Autobahnen –, der kann mit etwas wachem Blick eine Veränderung erkennen, die sich nicht mehr nur in statistischen Tabellen versteckt, sondern längst in der Wirklichkeit angekommen ist: Werkstore schließen, Produktionshallen werden stillgelegt, Maschinenparks verschwinden und mit ihnen jene Arbeitsplätze, die über Generationen hinweg das Rückgrat der deutschen Mittelschicht gebildet haben. Natürlich wird über diese Entwicklung gesprochen, in Talkshows, Leitartikeln und nicht zuletzt in den sozialen Netzwerken, wo die Diagnose oft in erstaunlicher Einigkeit vorgetragen wird: Die Politik sei schlicht zu naiv gewesen, habe die Industrie durch überzogene Energiepreise, durch Bürokratie, durch Regulierungen und ideologische Projekte aus dem Land gedrängt. So einfach, so beruhigend – denn wenn etwas nur auf Naivität beruht, dann wäre es theoretisch auch korrigierbar. Doch wer die Meldungen der letzten Monate nüchtern nebeneinanderlegt, der beginnt sich zu fragen, ob wir es hier wirklich nur mit politischer Ungeschicklichkeit zu tun haben.

Die Liste ist erstaunlich lang.

Der Volkswagen-Konzern etwa kündigte an, rund 50.000 Stellen

abzubauen, während gleichzeitig die Transformation hin zur Elektromobilität enorme Investitionen verschlingt (1).

Der Online-Konzern eBay plant ebenfalls einen massiven Personalabbau und streicht rund 800 Arbeitsplätze, von denen auch deutsche Beschäftigte betroffen sind (2).

Der Autozulieferer ZF Friedrichshafen kündigte an, in den kommenden Jahren rund 14.000 Stellen zu streichen (3).

Auch Bosch plant Einsparungen von rund 13.000 Arbeitsplätzen (4).

Selbst die Deutsche Bahn will rund 30.000 Stellen abbauen, um ihre Kostenstruktur zu verändern (5).

Hinzu kommen jene Unternehmen, die gar nicht erst versuchen, ihre Produktion im Land zu halten: Der Haushaltsgerätehersteller Miele, der Motorsägenproduzent Stihl und mehrere große Industriekonzerne verlagern Teile ihrer Produktion ins Ausland (6). Der Reifen- und Autozulieferer Continental kündigte ebenfalls den Abbau von 7.000 Stellen sowie Standortschließungen an (7).

Und während diese großen Namen Schlagzeilen produzieren, geschieht im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung etwas mindestens ebenso Bedeutendes: Der deutsche Mittelstand, jene oft familiengeführten Unternehmen, die über Jahrzehnte hinweg als verborgenes Kraftwerk der deutschen Wirtschaft galten, beginnt in wachsender Zahl, über eine Verlagerung ins Ausland nachzudenken oder sie bereits umzusetzen (8).

Man kann all diese Meldungen selbstverständlich einzeln betrachten; man kann sagen: Strukturwandel; man kann auch sagen: Globalisierung. Ja, man kann sagen: technologische Transformation.

Doch wenn diese Entwicklungen gleichzeitig auftreten, wenn sie nahezu alle zentralen Industriezweige betreffen – Automobil, Maschinenbau, Logistik, Elektronik, Chemie –, dann drängt sich eine unangenehme Frage auf, die im öffentlichen Diskurs erstaunlich selten gestellt wird: Was, wenn diese Entwicklung gar kein Unfall ist? Was, wenn sie nicht das Ergebnis politischer Inkompetenz ist? Und was, wenn die Erklärung weder in geheimen Weltverschwörungen noch in den üblichen Sündenbock-Narrativen liegt, die im Internet so gerne verbreitet werden?

Denn wer sich durch die Kommentarspalten der sozialen Netzwerke liest, stößt immer wieder auf zwei Extreme. Die einen halten die Politiker schlicht für inkompetent, die anderen konstruieren aus der wirtschaftlichen Transformation eine globale Verschwörung und beschuldigen, wie so oft in der Geschichte, „die Juden“ oder andere imaginäre Mächte.

Beide Erklärungen haben eines gemeinsam: Sie sind intellektuell bequem. Doch manchmal ist die Wirklichkeit viel banaler und gerade deshalb viel beunruhigender. Denn vielleicht ist das, was wir gerade erleben, tatsächlich ein Plan. Ein Plan, der nicht in geheimen Kellern entstand. Ein Plan, der offen diskutiert wurde. Ein Plan, der bereits vor über fünfzig Jahren formuliert wurde. Und der einen Namen trägt, der heute nur noch selten erwähnt wird, obwohl er die wirtschaftspolitischen Debatten bis heute prägt: der Club of Rome.

Vom Wachstumsversprechen zum Postwachstumsdogma

Wenn man verstehen will, warum sich eine Industrienation wie Deutschland scheinbar freiwillig von Teilen ihrer eigenen wirtschaftlichen Grundlage verabschiedet, dann muss man den Blick ein wenig aus dem Tagesgeschäft der Politik heben und sich jener

geistigen Strömungen erinnern, die über Jahrzehnte hinweg langsam, aber stetig in die politischen Programme der westlichen Welt eingesickert sind – oft ohne große öffentliche Debatte, oft ohne dramatische Beschlüsse, vielmehr wie ein kultureller Klimawandel, der zunächst kaum wahrgenommen wird und doch irgendwann das gesamte Wetter bestimmt.

Eine dieser Strömungen entstand Anfang der 1970er-Jahre und wurde 1972 mit einer Veröffentlichung weltberühmt, deren Titel inzwischen fast sprichwörtlich geworden ist: „Die Grenzen des Wachstums“. Der Bericht wurde vom Club of Rome, einem internationalen Netzwerk aus Wissenschaftlern, Ökonomen und Politikberatern, in Auftrag gegeben und am Massachusetts Institute of Technology (MIT) erstellt. Mithilfe damals neuer Computermodele versuchte man, die langfristigen Folgen exponentiellen Wirtschaftswachstums auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen zu simulieren.

Das Ergebnis war, gelinde gesagt, alarmierend: Wenn Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Rohstoffverbrauch und Umweltbelastung weiterhin exponentiell zunehmen, so lautete die zentrale These des Berichts, dann werde die Erde innerhalb weniger Jahrzehnte an ökologische Grenzen stoßen, die schließlich zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen führen könnten. Die Lösung, die daraus abgeleitet wurde, war ebenso radikal wie damals ungewohnt: Das industrielle Wachstum müsse begrenzt werden. Nicht durch eine plötzliche Revolution, sondern durch eine langfristige Transformation der Wirtschaftssysteme.

Der Bericht wurde millionenfach verkauft und entwickelte sich zu einem der einflussreichsten ökonomischen Texte des 20. Jahrhunderts (9). Doch während die öffentliche Debatte damals vor allem um Umweltpolitik kreiste, entwickelte sich aus dieser Grundidee im Laufe der Jahrzehnte eine ganze Denkschule, die heute unter verschiedenen Namen diskutiert wird:

- **Postwachstum**
- **Degrowth**
- **Nachhaltige Transformation**

Der Kern dieser Konzepte ist erstaunlich schlicht. Die industrielle Wirtschaftsweise der letzten zweihundert Jahre basiert auf ständigem Wachstum — mehr Produktion, mehr Konsum, mehr Energieverbrauch. Doch auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen, so argumentieren Vertreter dieser Schule, könne dieses Modell langfristig nicht funktionieren.

Also müsse sich die Wirtschaft verändern. Nicht unbedingt durch einen plötzlichen Zusammenbruch, sondern durch eine bewusste Reduktion bestimmter industrieller Aktivitäten.

Und genau an dieser Stelle wird die Debatte politisch. Denn wenn man diese Theorie ernst nimmt, dann stellt sich zwangsläufig eine unangenehme Frage:

- Welche Industrien sollen schrumpfen?
- Welche Produktion soll reduziert werden?
- Welche Länder sollen ihre wirtschaftliche Struktur verändern?

In den frühen Debatten der Siebzigerjahre wurde diese Frage meist abstrakt behandelt; man sprach von globalen Systemen, von Ressourcenströmen, von langfristigen Szenarien. Heute jedoch hat diese Diskussion eine sehr konkrete Form angenommen. Europa und insbesondere Deutschland verfolgen seit Jahren eine Wirtschaftspolitik, die stark auf Transformation setzt: Dekarbonisierung, Energiewende, Elektrifizierung, Regulierung energieintensiver Industrien. All diese Maßnahmen verfolgen legitime Ziele: Klimaschutz, Nachhaltigkeit, technologische Innovation. Doch sie haben auch eine Nebenwirkung, die

inzwischen kaum noch zu übersehen ist. Energieintensive Industrien verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Produktionsketten verlagern sich. Unternehmen investieren zunehmend im Ausland. So entstehen jene Schlagzeilen, die wir bereits weiter oben betrachtet haben: Stellenabbau bei Volkswagen, Bosch oder ZF, Produktionsverlagerungen bei Miele und Stihl, Standortschließungen bei Continental (10).

Man kann all dies selbstverständlich als Nebeneffekt eines notwendigen Strukturwandels interpretieren. Doch man kann auch eine andere Lesart wählen. Denn in vielen wirtschaftspolitischen Konzeptpapieren der letzten Jahre taucht ein Begriff immer wieder auf: Transformation der Industriegesellschaft. Nicht nur Anpassung. Nicht nur Modernisierung. Sondern Transformation. Und Transformation bedeutet in der Regel zweierlei gleichzeitig: Etwas Neues entsteht und etwas Altes verschwindet.

In dieser Perspektive erscheinen die aktuellen Entwicklungen plötzlich in einem anderen Licht. Die Werksschließungen wirken weniger wie ein Unfall. Die Produktionsverlagerungen weniger wie eine Fehlentscheidung. Die wirtschaftliche Schrumpfung einzelner Branchen weniger wie eine Krise. Sondern eher wie das, was Ökonomen einen systemischen Umbau nennen würden. Einen Umbau, der nicht über Nacht beschlossen wurde. Einen Umbau, der über Jahrzehnte vorbereitet wurde. Und der sich nun Schritt für Schritt in der Realität manifestiert.

Damit soll keineswegs behauptet werden, dass irgendwo ein geheimes Komitee sitzt, das exakt festlegt, welche Fabrik wann schließen muss; so funktioniert moderne Wirtschaftspolitik nicht.

Doch Ideen haben Konsequenzen. Und wenn eine ganze Generation politischer Entscheidungsträger mit der Vorstellung aufgewachsen ist, dass unbegrenztes Wachstum langfristig gefährlich sein könnte, dann ist es

nicht völlig überraschend, dass sie Wirtschaftspolitik betreibt, die Wachstum nicht mehr automatisch zum höchsten Ziel erklärt.

Vielleicht liegt die eigentliche Provokation unserer Zeit also nicht darin, dass Politiker zu naiv wären. Vielleicht liegt sie darin, dass sie eine andere Vorstellung von Zukunft haben als jene Gesellschaft, die sie regieren. Eine Zukunft, in der industrielle Expansion nicht mehr als Fortschritt gilt, sondern als Problem.

Und genau an dieser Stelle beginnt die eigentliche historische Frage, denn diese Idee ist keineswegs neu. Sie ist älter als viele glauben. Ihre Wurzeln reichen weit zurück, in eine Zeit, in der Computerprognosen, Umweltbewegungen und geopolitische Zukunftsängste erstmals zusammenkamen und eine Vision formulierten, die bis heute nachwirkt: die Vision einer Welt, in der wirtschaftliches Wachstum bewusst begrenzt wird.

Die alte Idee der Begrenzung

Die Vorstellung, dass Wachstum nicht grenzenlos sein könne, ist keineswegs eine Erfindung der Siebzigerjahre. Schon im 18. Jahrhundert warnte der britische Ökonom Thomas Robert Malthus davor, dass Bevölkerungswachstum und Ressourcenverbrauch irgendwann in ein gefährliches Ungleichgewicht geraten könnten. Seine Thesen waren damals ebenso umstritten wie heute, doch sie prägten eine Denkfigur, die sich durch die Wirtschaftsgeschichte zieht: die Idee der natürlichen Grenze.

Im 20. Jahrhundert erhielt diese Idee neue Aktualität. Zwei Weltkriege, der rasante industrielle Aufstieg der Nachkriegszeit und schließlich die Ölkrise der Siebzigerjahre führten dazu, dass viele Intellektuelle erstmals ernsthaft darüber nachdachten, ob das

westliche Wirtschaftsmodell dauerhaft tragfähig sei. Der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome von 1972 traf deshalb auf einen gesellschaftlichen Nerv. Er war weniger eine konkrete politische Handlungsanweisung als vielmehr eine Warnung – eine Prognose, die zeigte, wie sich exponentielles Wachstum langfristig auswirken könnte, wenn Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung ungebremst weiterstiegen (11).

Die Debatte, die daraus entstand, war vielschichtig. Einige sahen darin eine notwendige Mahnung zu nachhaltigerem Wirtschaften. Andere warfen den Autoren Alarmismus vor. Doch unabhängig von diesen Bewertungen setzte sich eine Erkenntnis langsam durch: Wirtschaftspolitik konnte nicht mehr ausschließlich in Kategorien des Wachstums gedacht werden. Umweltfragen, Energieverbrauch und Ressourcenverfügbarkeit wurden zu zentralen Themen der politischen Agenda.

Diese Entwicklung prägte besonders Europa. Während in den Vereinigten Staaten das Wachstumsideal lange Zeit dominierend blieb, entwickelte sich auf dem europäischen Kontinent eine stärkere Sensibilität für ökologische Grenzen. Daraus entstanden politische Konzepte, die später unter Begriffen wie Nachhaltigkeit, Transformation oder Postwachstum diskutiert wurden.

Die philosophische Frage des Fortschritts

Doch hinter all diesen ökonomischen Konzepten verbirgt sich letztlich eine viel grundlegendere Frage, eine Frage, die Philosophen schon seit Jahrhunderten beschäftigt: Was ist eigentlich Fortschritt? Die industrielle Moderne hat diese Frage lange Zeit eindeutig beantwortet. Fortschritt bedeutete mehr Produktion, mehr Wohlstand, mehr technische Möglichkeiten. Fabriken galten als

Symbole des Aufbruchs, Maschinen als Zeichen menschlicher Kreativität.

Doch im 21. Jahrhundert hat sich dieses Bild verändert. Umweltkrisen, Klimadebatten und globale Ressourcenfragen haben das klassische Fortschrittsnarrativ ins Wanken gebracht. Plötzlich erscheint die industrielle Expansion nicht mehr nur als Erfolgsgeschichte, sondern auch als potenzielle Gefahr.

Diese Verschiebung erklärt einen Teil jener politischen Entscheidungen, die heute oft als „Deindustrialisierung“ interpretiert werden. Viele politische Programme versuchen nicht, Industrie vollständig abzuschaffen, sondern sie in eine andere Form zu überführen: weniger energieintensiv, stärker digitalisiert, stärker dienstleistungsorientiert.

Ob diese Transformation gelingt oder nicht, ist eine offene Frage. Kritiker warnen, dass eine zu schnelle Umstrukturierung die wirtschaftliche Stabilität gefährden könnte. Befürworter hingegen argumentieren, dass ein Festhalten an alten Strukturen langfristig noch größere Risiken bergen würde. Die Wahrheit liegt vermutlich, wie so oft, irgendwo zwischen diesen beiden Positionen.

Für Deutschland ist diese Debatte besonders sensibel. Kaum ein anderes Land hat seine wirtschaftliche Identität so stark auf industrieller Produktion aufgebaut. Der Begriff „Made in Germany“ steht bis heute für Maschinenbau, Automobiltechnik und Ingenieurskunst. Wenn nun große Unternehmen Stellen abbauen oder Produktionsstandorte verlagern, wirkt das deshalb nicht nur wie ein wirtschaftliches Problem, sondern fast wie eine kulturelle Erschütterung. Doch man sollte vorsichtig sein, aus einzelnen Entwicklungen sofort eine umfassende Strategie abzuleiten. Wirtschaftliche Entscheidungen entstehen selten aus einem einzigen Plan. Sie sind das Ergebnis vieler Faktoren: globaler

Wettbewerb, technologische Innovation, politische Rahmenbedingungen und unternehmerische Strategien. Die aktuellen Nachrichten über Stellenabbau und Produktionsverlagerungen, etwa bei Volkswagen (12), Bosch und ZF (13) oder Continental (14), zeigen jedoch, dass sich die deutsche Wirtschaft tatsächlich in einer Phase tiefgreifender Veränderung befindet. Ob man diese Entwicklung als notwendige Transformation oder als gefährliche Deindustrialisierung bewertet, hängt letztlich von der eigenen Perspektive ab.

Der moralische Schluss

Vielleicht liegt die eigentliche Herausforderung unserer Zeit nicht darin, einfach Schuldige zu finden.

Weder geheime Weltverschwörungen noch politische Naivität erklären die komplexen Prozesse der globalen Wirtschaft. Vielmehr stehen moderne Gesellschaften vor einem schwierigen Balanceakt: Sie müssen Wohlstand sichern, ohne die ökologischen Grundlagen ihrer Existenz zu zerstören.

Sie müssen technologische Innovation fördern, ohne soziale Stabilität zu gefährden. Das ist keine einfache Aufgabe, und vermutlich wird es auch keine einfachen Lösungen geben.,Doch gerade deshalb lohnt es sich, die Debatte nüchtern zu führen. Ohne Panik. Ohne Sündenböcke. Ohne ideologische Scheuklappen.

Denn am Ende entscheidet nicht eine einzelne Theorie über die Zukunft unserer Wirtschaft, sondern die Fähigkeit einer Gesellschaft, kluge und ausgewogene Entscheidungen zu treffen.



Alfred-Walter von Staufen ist das Pseudonym eines freien Autors, Essayisten und sprachkritischen Beobachters politischer und akademischer Machtverhältnisse. Mit spitzer Feder, schwarzem Humor und dem analytischen Blick eines ehemaligen Universitätsdozenten zerlegt er jene Begriffe, die heute mehr verschleiern als erklären: Demokratieförderung, Wissenschaftsfeindlichkeit, Populismus, Desinformation.